

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	1
1.1	Herleitung der Forschungsfrage: Deutschlands Rolle bei US-Drohnenangriffen	1
1.2	Der Untersuchungsgegenstand und seine unterschiedlichen Facetten	4
1.2.1	Verhältnis zwischen Exekutive und Judikative	5
1.2.2	Zusammenspiel von innerstaatlichem und internationalem Recht	7
1.2.3	Schnittstelle zwischen Recht und Außenpolitik	8
1.3	Gang der Untersuchung	10
2	Exekutive und Judikative zwischen Außenpolitik und Völkerrecht	13
2.1	Außenpolitik und auswärtige Gewalt im Zusammenspiel mit dem Völkerrecht	14
2.1.1	Außenpolitik als Sachbereich	15
2.1.1.1	Gegenstand von Außenpolitik	15
2.1.1.2	Zusammenhang mit dem Völkerrecht	18
2.1.2	Auswärtige Gewalt als rechtliches Konzept	20
2.1.2.1	Unterschiedliches Begriffsverständnis: formell, funktional und materiell	20
2.1.2.2	Hiesiges Verständnis: Kombination aus funktionalem und materiellem Ansatz	21
2.1.2.3	Zusammenhang mit dem Völkerrecht: Allokationsfunktion & regulativer Charakter	24

2.2	Leitbild einer außenpolitischen Prärogative der Gubernative	25
2.2.1	Ideengeschichtliche Rekonstruktion: von der absolutistischen zur außenpolitischen Prärogative	25
2.2.1.1	Außenpolitische Prärogative trotz Konstitutionalisierungstendenzen	26
2.2.1.2	Gewaltenteilungsbedingte Überführung der Prärogative auf die Gubernative	28
2.2.2	Zur außenpolitischen Prärogative in Deutschland	30
2.2.2.1	Außenpolitischer Machttransfer zugunsten der Gubernative im Rahmen der Verfassungsentwicklung	30
2.2.2.2	Elemente einer außenpolitischen Prärogative in der Bundesrepublik	32
2.2.3	Verfassungsrechtliche Verankerung des Leitbilds	35
2.2.3.1	Formelle Verankerung: Ansätze einer außenpolitischen Prärogative im Grundgesetz?	37
2.2.3.2	Materielle Verankerung: Außenpolitische Prärogative als dem Grundgesetz vorgeschaltete Idee?	39
2.3	Internationalisierter Rechtsschutzauftrag der Judikative	41
2.3.1	Indienstnahme staatlicher Organe bei der Auslegung von Völkerrecht	41
2.3.1.1	Völkerrechtliche Indifferenz gegenüber innerstaatlichem Recht	42
2.3.1.2	Durchsetzungsdefizit auf völkerrechtlicher Ebene	44
2.3.1.3	Innerstaatliche Anwendung als Kompensator: <i>dédoublement fonctionnel</i>	45
2.3.1.4	Responsivität als Grundbedingung der Indienstnahme	48
2.3.2	Innerstaatliche Rezeption des Völkerrechts	50
2.3.2.1	Überführung völkerrechtlicher Normen in die deutsche Rechtsordnung	51
2.3.2.2	Bindung der Staatsgewalten an das Völkerrecht und dessen innerstaatlicher Rang	54
2.3.3	Völkerrechtsauslegung als Teil des Rechtsschutzauftrags deutscher Gerichte	57

2.3.3.1	Allgemeiner Rechtsschutzauftrag	57
2.3.3.2	Rechtsschutzauftrag im völkerrechtlichen Kontext	58
2.3.3.3	Bedeutung von Art. 100 Abs. 2 GG für die Völkerrechtsauslegung	60
2.4	Fazit	62
3	Judikative Kontrolle der Exekutive im außenpolitischen Bereich	65
3.1	Grundentscheidung für eine materielle Kontrolle im außenpolitischen Bereich	65
3.1.1	Zugang zu Gerichten unter Beachtung der Prozessvoraussetzungen	66
3.1.2	Kein formeller Ausschluss eines Kontrollrechts	67
3.2	Reichweite der materiellen Kontrolle als Frage der Kontrollintensität	69
3.2.1	Operationalisierung der Kontrollintensität über Kontrollmaßstäbe	71
3.2.1.1	System abgestufter Kontrollmaßstäbe	72
3.2.1.2	Insbesondere: Willkür als Maßstab	75
3.2.2	Kontrollintensität als Bindeglied zwischen exekutiver Entscheidung und judikativer Kontrolle	79
3.2.3	Reduzierte Kontrollintensität als judicial self-restraint?	81
3.3	System außenpolitischer Spielräume der Exekutive	85
3.3.1	Faktische Spielräume bei der Sachverhaltsermittlung	86
3.3.1.1	Einwand der Geheimhaltung im Rahmen der Amtsermittlung	88
3.3.1.2	Beweislastverteilung bei Amtshaftung wegen Auslandseinsätzen der Bundeswehr	92
3.3.1.2.1	Luftangriff auf die Brücke von Varvarin	92
3.3.1.2.2	Luftangriff auf zwei Tanklaster bei Kunduz	93

3.3.2	Sachverhaltsbezogene Einschätzungsspielräume	96
3.3.2.1	Außenpolitischer Kontext	96
3.3.2.2	Diagnosen und Prognose	97
3.3.2.3	Würdigung von Beweismitteln	99
3.3.3	Politische Entscheidungsspielräume	101
3.3.3.1	Zusammenhang mit sachverhaltsbezogenen Einschätzungsspielräumen	102
3.3.3.2	Abgrenzung zu verwaltungsrechtlichen Ermessensspielräumen	103
3.3.4	Rechtliche Beurteilungsspielräume	105
3.3.4.1	Abgrenzung zu tatsächlichen Wertungen und politischen Entscheidungen	106
3.3.4.2	Einfluss von sachlichen Wertungen im Rahmen der Normkonkretisierung	108
3.3.4.3	Spielräume bei der Konkretisierung unbestimmter Rechtsbegriffe	109
3.3.4.3.1	Normative Ermächtigung durch den Gesetzgeber	112
3.3.4.3.2	Funktionale Grenzen der Rechtsprechung	113
3.4	Fazit	114
4	Gerichtliche Kontrolle außenpolitischer Sachverhalte am Maßstab des Völkerrechts (Rechtsprechungsanalyse)	117
4.1	Inhaftierung von Rudolf Heß	118
4.1.1	Schutzpflichtenkonstellation als Ausgangspunkt	119
4.1.2	Rechtliche oder politische Natur des Spielraums?	121
4.1.3	Begründung der Kontrollreduktion	123
4.2	Erwerb der DDR-Staatsbürgerschaft und sein Einfluss auf die deutsche Staatsangehörigkeit	124
4.2.1	Rekonstruktion der Entscheidung und ihre Anknüpfung an Heß	125
4.2.2	Zugleich rechtliche und politische Natur der Frage	127
4.3	Luftangriff auf die Brücke von Varvarin	129
4.3.1	Bundesgerichtshof	129
4.3.2	Bundesverfassungsgericht	132
4.3.2.1	Allgemein zur Entscheidung	133
4.3.2.2	Systematische Einordnung der Begründungsansätze	136

4.3.2.2.1	Politische Natur der Entscheidung	136
4.3.2.2.2	Funktionsgrenzen: Bezugnahme auf sachliche Eigenarten	138
4.3.2.2.3	Zusammenhang zwischen der politischen Natur und den Funktionsgrenzen?	140
4.3.2.3	Verhältnis zum Begründungsansatz im Fall <i>Heß</i>	143
4.4	Luftangriff auf zwei Tanklaster bei Kunduz	145
4.5	Nutzung von Ramstein zur Steuerung von Kampfdrohnen	148
4.5.1	Verwaltungsgericht Köln	149
4.5.2	Oberverwaltungsgericht Münster	152
4.5.3	Bundesverwaltungsgericht	155
4.6	Zusammenfassende Bewertung der Rechtsprechung	159
4.6.1	Kontrollreduktion: Erfordernis einer verfassungsrechtlichen Rechtfertigung	161
4.6.2	Unzulänglichkeit der bundesverfassungsgerichtlichen Begründungsansätze	163
4.6.3	Ausblick: Suche nach einer hinreichenden Rechtfertigung	166
5	Erfordernis der einheitlichen Interessenvertretung als Rechtfertigung einer Kontrollreduktion?	169
5.1	Grundgedanke: Wahrung außenpolitischer Interessen als Primat der Außenpolitik	171
5.1.1	Traditionelle Rezeption der internationalen Sphäre: it's a jungle out there	172
5.1.1.1	Anarchie und zwischenstaatliche Interdependenz	172
5.1.1.2	Anomie und Staatenegoismus	175
5.1.2	Kritische Würdigung der traditionellen Rezeption	177
5.1.2.1	Anomie als (mittlerweile) unzutreffende Prämisse	178
5.1.2.2	Anarchie als unzureichender Erklärungsansatz der traditionellen Rezeption	181
5.1.2.3	Folgen für das Einheitsparadigma	182

5.2	Verfassungsrechtliche Anknüpfung des Einheitsparadigmas	183
5.3	Völkerrechtliche Prämisse des Einheitsparadigmas: Bedeutung von Rechtsbehauptungen im Rahmen der Rechtsanwendung?	187
5.4	Institutionelle Verkörperung der einheitlichen Stimme	191
5.5	Fazit	195
6	Funktionale Eigenarten der Außenpolitik als Rechtfertigung einer Kontrollreduktion?	197
6.1	Grundlagen eines funktionsbasierten Ansatzes	198
6.1.1	Ursprung: Subsidiäre Zuordnung von Staatsaufgaben . . .	198
6.1.2	Organadäquanz als zentrales Kriterium	201
6.1.3	Materielle Dimension der Organadäquanz: Sachgerechtigkeit	203
6.1.3.1	Absolute Komponente: Funktionsfähigkeit	205
6.1.3.2	Relative Komponente: Effizienz	207
6.2	Funktionale Erwägungen im Verhältnis von zweiter zu dritter Gewalt	210
6.2.1	Kontrollfunktion als Bezugspunkt	212
6.2.2	Kontrollspezifische Adaption der Sachgerechtigkeit	215
6.2.2.1	Ausschluss des Effizienzkriteriums	216
6.2.2.2	Binärer Charakter des Effektivitätskriteriums	217
6.3	Funktionaler Einfluss der Außenpolitik auf die Kontrolle völkerrechtlicher Wertungen	219
6.3.1	Judikative Funktionsgrenzen im außenpolitischen Bereich	219
6.3.1.1	Dynamik und Unvorhersehbarkeit	222
6.3.1.2	Komplexität	224
6.3.1.3	Geheimhaltung	227
6.3.2	Einfluss der judikativen Kontrolle auf die außenpolitische Funktionsfähigkeit der Exekutive	228
6.3.2.1	Sachkenntnis	230
6.3.2.2	Schnelles und flexibles Handeln	230
6.3.2.3	Kooperationsfähigkeit	233
6.3.2.3.1	Grundsätzliche Möglichkeit einer Beeinträchtigung	234

6.3.2.3.2	Voraussetzungen und Konstellationen einer potenziellen Beeinträchtigung	236
6.3.2.3.3	Auswirkungen einer Beeinträchtigung mit Blick auf die Kontrollintensität	242
6.3.2.4	Diskretion	245
6.4	Fazit	246
7	Politische Natur der Völkerrechtsauslegung als Rechtfertigung einer Kontrollreduktion?	249
7.1	Abgrenzung von rechtlichen und politischen Entscheidungen und ihr Einfluss auf die Frage der Kontrollintensität	250
7.2	Legitimatorische Zuordnung der Völkerrechtsauslegung	254
7.2.1	Individuelle und demokratische Legitimation: Abgrenzung und Zuordnung	256
7.2.2	Herleitung politischer Spielräume: Unzureichende demokratische Legitimation der Gerichte	260
7.2.3	Legitimationserfordernis bei der Auslegung von Völkerrecht	265
7.2.3.1	Legitimation im Rahmen des internationalisierten Rechtsschutzauftrages	265
7.2.3.2	Demokratische Legitimation der Gubernative im völkerrechtlichen Kontext	270
7.3	Normative Eigenarten des Völkerrechts	271
7.3.1	Politischer Inhalt völkerrechtlicher Normen	272
7.3.2	Konsens und Kooperationsbedürfnis im Rahmen der Völkerrechtssetzung	275
7.3.3	Dynamik des Völkerrechts	276
7.3.3.1	Völkervertragsrecht: Dynamik der Auslegung	277
7.3.3.2	Völkergewohnheitsrecht: Dynamik der Staatenpraxis	279
7.3.4	Disput um völkerrechtliche Fragen und die Bedeutung von Rechtsbehauptungen	279

7.3.5	Koexistenz divergierender, innerhalb staatlicher Rechtsordnungen verbindlicher Völkerrechtsauffassungen	281
7.3.5.1	Gefahr einer Zersplitterung des Völkerrechts	284
7.3.5.2	Gerichtliche Fähigkeit, Völkerrechtstandpunkte anderer Staaten zu ermitteln	286
7.3.5.3	Völkerrechtliche Positionierung als Ausdruck exekutiver Kooperationsfähigkeit	288
7.4	Normative Ermächtigung im völkerrechtlichen Kontext	289
7.4.1	Ermächtigung durch alle beteiligten Völkerrechtssubjekte	291
7.4.2	Ermächtigung durch die Gubernative als beteiligtes Staatsorgan	292
7.4.2.1	Völkerrechtliche Legislativfunktion der Gubernative	292
7.4.2.2	Gubernative als ihre eigene Richterin und Gefahr des self-dealing	295
7.5	Fazit	296
8	Synthese und abschließende Bewertung	299
8.1	Begründung einer möglichen Kontrollreduktion	301
8.1.1	Internationale Kooperationsfähigkeit als Argument für eine Kontrollreduktion	302
8.1.2	Keine Kontrollreduktion anhand eines allgemeinen Topos außenpolitischer Handlungsfähigkeit	304
8.1.2.1	Außenpolitische Handlungsfähigkeit als politische Forderung	305
8.1.2.2	Kein rechtlich verankerter Vorrang außenpolitischer Handlungsfähigkeit gegenüber einer völkerrechtlichen Bindung	309
8.2	Kontrollintensität im Rahmen des internationalisierten Rechtsschutzauftrages: Kooperationsfähigkeit vs. Schutz subjektiver Rechte	313
8.2.1	Schutz subjektiver Rechte als materieller Vorbehalt gegenüber funktionalen Erwägungen	313
8.2.1.1	Ausgangspunkt: Einfluss des Rechtsguts auf den Kontrollmaßstab	315

8.2.1.2	Adaption auf die Auslegung von Völkerrecht: Grund- bzw. Menschenrechtsrelevanz der streitgegenständlichen Völkerrechtsfrage	318
8.2.2	Lösungsvorschlag: abgestuftes, abwägungsbasiertes Kontrollsystem	320
Literaturverzeichnis		325